

Carte Blanche Volksstimme BL vom 23. November 2015

Die Hälfte der Bevölkerung als „Sonderfall“ ?

Von Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL

Die Medienkonferenz anlässlich ihres Rücktritts hat Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf mit einer interessanten Bemerkung begonnen. Sie bat die anwesenden Journalisten und die chronische Minderheit an Journalistinnen nun doch wenigstens rückblickend über ihre erfolgreichen politischen Geschäfte im Bundesrat zu berichten. Über ihre Kleider und ihre Frisur sei ja in ihrer achtjährigen Amtszeit genug geschrieben worden. Damit hat die Bundesrätin scherzhaft, aber sehr ernst gemeint eine Problematik angesprochen, die viele Politikerinnen aus eigener Erfahrung kennen. Und die wissenschaftliche Studien belegen: „Während die Männer immer zuerst als Politiker behandelt werden, wird bei Frauen zunächst die Frau und erst danach die Politikerin betrachtet: Ihre Geschlechtszugehörigkeit und die damit verbundene Stereotypisierung schwingt bei der Berichterstattung über Frauen in der Politik stets mit“ (Holtz-Bacha 2009).

Eine solche Diskriminierung ist inakzeptabel. Sie entmutigt junge Frauen in die Politik einzusteigen und demotiviert sie Karriere zu machen. Als kleines Land mit einem grossen Bedarf an Fach- und Führungskräften können wir uns dies nicht leisten. Wir sind eine moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts, in der Mann und Frau davon ausgehen können, dass Führungspersonen nach ihren Leistungen, ihren Fähigkeiten und ihrem Talent und nicht nach Vorurteilen und Stereotypen beurteilt werden.

Doch die Zeit läuft uns davon, um dieses Land gleichberechtigt vorwärts zu bringen. Obwohl der Verfassungsartikel, der gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit von Frau und Mann festlegt, schon 34 Jahre in der Bundesverfassung steht, haben alle freiwilligen Massnahmen zur Erreichung der Lohngleichheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bisher nicht gegriffen. Deshalb hat nun der Bundesrat letzten Mittwoch einen Vorschlag in die Vernehmlassung geschickt, der Lohnanalysen in der Privatwirtschaft gesetzlich vorschreibt. Es geht um den unerklärbaren Teil der Lohnungleichheit von 8,9 Prozent. Denn Lohndiskriminierung der Frauen ist eine Realität in der Schweiz, auch wenn dies Wirtschaftskreise immer wieder bestreiten. Firmen mit 50 und mehr Mitarbeitenden sollen nun im Rahmen des Gleichstellungsgesetzes alle vier Jahre verpflichtet werden, interne Lohnanalysen durchzuführen und diese durch externe Kontrollstellen überprüfen zu lassen. Gemäss einer Studie des

Bundesamtes für Statistik von 2014 beträgt die Lohndiskriminierung zwischen Frauen und Männern im Durchschnitt rund 680 Franken pro Monat. Das ist ein Einkommensausfall von jährlich 7,7 Milliarden Franken. Geld, das den Frauen im Familienbudget und später in der Altersvorsorge fehlt.

Zurück zur Bundesratswahl: Warum hat die SVP als grösste Partei der Schweiz eigentlich keine Frauenkandidatur vorgeschlagen? Sollte die weibliche Hälfte der Bevölkerung nicht gerade so angemessen in der Landesregierung vertreten sein wie die Sprachregionen? Tritt Doris Leuthard in der kommenden Legislatur zurück, ist mit grosser Wahrscheinlichkeit Bundesrätin Sommaruga wieder die einzige Frau im Bundesrat. Dies nur wenige Jahre nach der Sensation, als wir für kurze Zeit sogar vier Bundesrätinnen hatten. Erwiesen ist, dass Frauen in Fach- und Führungsfunktionen zu mindestens 40 Prozent vertreten sein sollten. Sonst bleiben sie Sonderfälle, die immer anders beurteilt werden. Vor dem Amt, im Amt und leider auch im Rückblick.